

Satzung der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der Technischen Universität Wien

(KURZ: HTU BZW. HTU WIEN)

**(BESCHLOSSEN IN DER SITZUNG DER UNIVERSITÄTSVERTRETUNG
AM 29.11.2019)**

SATZUNG DER HTU WIEN

Gemäß § 16 Abs. 2 des Hochschülerinnen - und Hochschülerschaftsgesetzes 2014 - HSG 2014, BGBl. I Nr. 14/2014, hat die Universitätsvertretung der HTU Wien folgende Satzung beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Organe der HTU Wien	3
§ 2 Organe gemäß §15 Abs. 2 HSG 2014	5
§ 3 Entsendung in Organe der TU Wien laut § 25 Abs. 8 Z 1-3 Universitätsgesetz 2002	6
§ 4 Entsendungen in den Fakultätsrat	6
§ 5 Budget der Studien- und Fakultätsvertretungen	6
§ 6 Die Universitätsvertretung.....	7
§ 7 Sitzungen der Universitätsvertretung	8
§ 8 Erstellung der Tagesordnung	8
§ 9 Ablauf der Sitzung	9
§ 10 Anträge.....	9
§ 11 Ablauf der Debatte.....	10
§ 12 Abstimmungen.....	11
§ 13 Protokollierung.....	12
§ 14 Die_Der Vorsitzende und deren_dessen Stellvertreter_innen.....	12
§ 15 Referate.....	13
§ 16 Stellung der Referent_innen	15
§ 17 Studierendenversammlung.....	15
§ 18 Prüfungsrechte der Mandatar_innen	17
§ 19 Ausschüsse	17
§ 20 Tätigkeitsberichte.....	18
§ 21 Geltungsbereich und Sonderbestimmungen für Studien- und Fakultätsvertretungen.....	18
§ 22 Änderungen und Inkrafttreten der Satzung.....	18

§ 1 Organe der HTU Wien

- (1) Die Organe der HTU Wien sind:
1. die Universitätsvertretung (kurz: UV)
 2. die Organe gem. §15 Abs. 2 HSG 2014:
 - a) an der Fakultät für Architektur und Raumplanung
 - b) an der Fakultät für Bauingenieurwesen
 - c) an der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik
 - d) an der Fakultät für Informatik
 - e) an der Fakultät für Maschinenwesen und Betriebswissenschaften
 - f) an der Fakultät für Mathematik und Geoinformation
 - g) an der Fakultät für Physik
 - h) an der Fakultät für Technische Chemie
 3. die Studienvertretungen (kurz: StV):
 - a) Architektur
 - b) Raumplanung und Raumordnung
 - c) Bau- und Umweltingenieurwesen
 - d) Elektrotechnik
 - e) Informatik
 - f) Lehramt
 - g) Wirtschaftsinformatik und Data Science
 - h) Maschinenbau und Wirtschaftsingenieurwesen Maschinenbau
 - i) Verfahrenstechnik
 - j) Technische Mathematik
 - k) Geodäsie und Geoinformation
 - l) Technische Physik
 - m) Technische Chemie
 - n) Doktorat
 4. die Wahlkommission

- (2) Dem Organ gem. Z2 a) gehören die Organe gem. Z3 a) und b), dem Organ gem. Z2 b) gehört das Organ gem. Z3 c), dem Organ gem. Z2 c) gehört das Organ gem. Z3 d), dem Organ gem. Z2 d) gehören die Organe gem. Z3 e), f) und g), dem Organ gem. Z2 e) gehören die Organe gem. Z3 h) und i), dem Organ gem. Z2 f) gehören die Organe gem. Z3 f), j) und k), dem Organ gem. Z2 g) gehören die Organe gem. Z3 f) und l) und dem Organ gem. Z2 h) gehören die Organe gem. Z3 f), i) und m) an.
- (3) Dem Organ gem. Z3. a) gehören die Studierenden der TU Wien der Studien mit den Kennzahlen 033 243, 066 443 und 066 444

dem Organ gem. Z3. b) gehören die Studierenden der TU Wien der Studien mit den Kennzahlen 033 240 und 066 440

dem Organ gem. Z3. c) gehören die Studierenden der TU Wien der Studien mit den Kennzahlen, 033 265, 033 266, 066 505 und 066 510

dem Organ gem. Z3. d) gehören die Studierenden der TU Wien der Studien mit den Kennzahlen, 033 235, 066 438, 066 504, 066 506, 066 507 und 066 508

dem Organ gem. Z3. e) gehören die Studierenden der TU Wien der Studien mit den Kennzahlen 033 531, 033 532, 033 533, 033 534, 033 535, 037 532, 037 534, 066 931, 066 932, 066 935, 066 936, 066 937, 066 938, 066 950 und 066 011

dem Organ gem. Z3. f) gehören die Studierenden der TU Wien der Studien mit den Kennzahlen 406, 407, 412, 423 und 884

dem Organ gem. Z3. g) gehören die Studierenden der TU Wien der Studien mit den Kennzahlen 033 526, 066 926 und 066 645

dem Organ gem. Z3. h) gehören die Studierenden der TU Wien der Studien mit den Kennzahlen 033 245, 033 282, 066 445 und 066 482

dem Organ gem. Z3. i) gehören die Studierenden der TU Wien der Studien mit den Kennzahlen 033 273, 066 473 und 066 434

dem Organ gem. Z3. j) gehören die Studierenden der TU Wien der Studien mit den Kennzahlen 033 201, 033 203, 033 205, 066 394, 066 395, 066 405 und 066 646

dem Organ gem. Z3. k) gehören die Studierenden der TU Wien der Studien mit den Kennzahlen 033 221, 066 200 und 066 421

dem Organ gem. Z3. l) gehören die Studierenden der TU Wien des Studiums mit den Kennzahlen 033 261, 066 453, 066 460 und 066 461,

dem Organ gem. Z3. m) gehören die Studierenden der TU Wien der Studien mit den Kennzahlen 033 290, 066 490 und 066 658

dem Organ gem. Z3. n) gehören alle Studierenden der TU Wien deren Studienkennzahlen mit den Ziffern 784, 791 und 786 beginnen an.

- (4) Eventuell entstehende Bachelor- und Masterstudien, die durch Umwandlung eines bereits bestehenden Diplomstudiums entstehen werden der Studienvertretung bzw. Fakultätsvertretung zugeordnet, die für das bis dahin existierende Diplomstudium zuständig war.
- (5) Führt eine Studienkommission eine neue Studienrichtung ein, so ist diese derjenigen Studienvertretung zuzurechnen, die die Studienkommission beschickt. Wird eine Studienkommission nicht von einer Studienvertretung beschickt, so ist ein Beschluss der Universitätsvertretung über die Zuordnung notwendig.

§ 2 Organe gemäß §15 Abs. 2 HSG 2014

- (1) Die Organe gemäß Satzung § 1 Abs. 1 Z 2 heißen Fakultätsvertretungen (kurz: FakV).
- (2) Die Fakultätsvertretungen werden durch die ihnen laut § 1 Abs. 2 zugeordneten Studienvertretungen beschickt. Bei der Zuordnung der Mandate für die Fakultätsvertretung steht jeder laut § 1 Abs. 2 vertretene Studienvertretung zunächst ein Fixmandat zu. Die Verteilung der restlichen Mandate ist mittels der Wahlzahl zu ermitteln. Hierbei ist nach dem d'Hondtschen Verfahren wie folgt vorzugehen:
 1. Die Wahlberechtigten aller der Fakultätsvertretung zugeordneten Studienvertretungen werden, nach ihrer Größe geordnet, nebeneinander geschrieben; unter jede dieser Zahlen wird die Hälfte, unter diese ihr Drittel, Viertel und nach Bedarf auch ihr Fünftel, Sechstel usw. geschrieben. Als Wahlzahl gilt, wenn drei Mandate des Organs zu wählen sind, die drittgrößte, bei vier Mandaten die viertgrößte usw. der angeschriebenen Zahlen.
 2. Auf jede Studienvertretung entfallen so viele Mandate, als die Wahlzahl in der für die Studienvertretung Wahlberechtigten enthalten ist.
 3. Haben nach dieser Berechnung mehrere Studienvertretungen den gleichen Anspruch auf das letzte zu vergebende Mandat, so entscheidet das Los über die Verteilung dieses Mandates.
- (3) Bei den Lehramtstudien ist für das Verfahren nach d'Hondt nicht die Zahl der Wahlberechtigten, sondern nur die Zahl der Studierenden der jeweils der Fakultät zugehörigen Unterrichtsfächer zu verwenden.
- (4) Der Studienvertretung Doktorat steht in jeder Fakultätsvertretung eine beratende Stimme zu.

- (5) Scheidet ein_e Mandatar_in der Fakultätsvertretung aus, so hat die Studienvertretung, welche die_den ausgeschiedene_n Mandatar_in entsendet hat, das Recht, eine_n Kandidat_in nachzunominieren.
- (6) Mandatar_innen können sich durch eine_n beliebige_n Studierende_n der gleichen Fakultät per Stimmübertragung vertreten lassen.
- (7) Eine Studienvertretung kann per Beschluss eine_n von ihnen nominierte_n Mandatar_in der ihnen zugehörigen Fakultätsvertretung neu nominieren. Dieser Beschluss erfordert eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

§ 3 Entsendung in Organe der TU Wien laut § 25 Abs. 8 Z 1-3 Universitätsgesetz 2002

- (1) Die Nominierungen werden von den zuständigen Studienvertretungen vorgenommen und sind von der_dem Vorsitzenden der Universitätsvertretung zu unterzeichnen.
- (2) Liegt der Zuständigkeitsbereich bei mehreren Studienvertretungen, die einer Fakultätsvertretung angehören, so wird die Nominierung von der Fakultätsvertretung vorgenommen und ist von der_dem Vorsitzenden der Universitätsvertretung zu unterzeichnen.
- (3) Liegt der Zuständigkeitsbereich bei mehreren Studienvertretungen, die nicht einer Fakultätsvertretung angehören, so hat die_der Vorsitzende der Universitätsvertretung auf Vorschlag der betroffenen Studienvertretungen zu nominieren.

§ 4 Entsendungen in den Fakultätsrat

- (1) Die Nominierungen werden von den zuständigen Fakultätsvertretungen vorgenommen und sind von dem_der Vorsitzenden zu unterzeichnen.
- (2) Bei der Zuordnung der Mandate in die Fakultätsräte steht jeder laut §1 Abs. 2 vertretenen Studienvertretung ein Fixmandat zu.

§ 5 Budget der Studien- und Fakultätsvertretungen

- (1) Mindestens 30 vH der aus den Studierendenbeiträgen stammenden Gelder der Universitätsvertretung müssen an die Studienvertretungen verteilt werden. Diese Summe wird als A bezeichnet.
- (2) B (Sachaufwand (SA) StV) := A - Aufwandsentschädigung (AE) StV.
- (3) B wird auf die einzelnen Studienvertretungen aufgeteilt, wobei davon zumindest 80 vH zu gleichen Teilen auf die Studienvertretungen zu verteilen sind (=Grundsockel). Der Restbetrag wird nach Anzahl der Hörer_innen an die Studienvertretungen verteilt.

- (4) Mindestens 10 vH der aus den Studierendenbeiträgen stammenden Gelder der Universitätsvertretung müssen an die Fakultätsvertretungen verteilt werden. Diese Summe wird als C bezeichnet.
- (5) D (Sachaufwand (SA) FakV) := C - Aufwandsentschädigung (AE) FakV.
- (6) E := mindestens 80 vH von D wird durch die Anzahl der Studienvertretungen mit Ausnahme der Studienvertretung Doktorat geteilt (=Grundsockel). Der Restbetrag wird nach der Anzahl der Hörer_innen der einzelnen Studienvertretungen mit Ausnahme der Studienvertretung Doktorat verteilt. Jede Fakultätsvertretung bekommt das über ihre Studienvertretungen berechnete Budget von D . Ist eine Studienvertretung mehreren Fakultätsvertretungen zugewiesen, wird das Geld aliquot zu der Anzahl der beteiligten Fakultätsvertretungen zugewiesen.
- (7) Fakultätsvertretungen dürfen Beträge laut § 5 Abs. 6 an die ihnen zugeordneten Studienvertretungen übertragen, wobei darauf zu achten ist, dass die Beträge gemäß der Verteilung laut § 5 Abs. 6 den jeweiligen Studienvertretungen zugewiesen werden.
- (8) Studienvertretungen können zur Erledigung gewisser Aufgaben in Absprache mit der Fakultätsvertretung dieser auch Gelder übertragen.
- (9) Fakultätsvertretungen dürfen gemäß § 5 Abs. 8 erhaltene Gelder an die ihnen zugeordneten Studienvertretungen übertragen, wobei darauf zu achten ist, dass diese Beträge proportional zu den erhaltenen Beträgen aus § 5 Abs. 8 an die einzelnen Studienvertretungen zurückverteilt werden.
- (10) Die Studienvertretung Doktorat erhält zusätzlich zu ihrem Budget gemäß § 5 Abs. 3 33 vH von E laut § 5 Abs. 6.

§ 6 Die Universitätsvertretung

- (1) Stimmberechtigte Mandatar_innen im Gremium der Universitätsvertretung sind die gewählten Mandatar_innen oder vertretungsberechtigte Personen laut § 6 Abs. 2 dieser Satzung.
- (2) Gewählte Mandatar_innen der Universitätsvertretungen können sich bei Sitzungen nur durch eine nominierte ständige Ersatzperson (§ 53 Abs. 1, HSG 2014) vertreten lassen. Ist auch die ständige Ersatzperson verhindert, oder wurde keine ständige Ersatzperson bekannt gegeben, so kann sich der_die Mandatar_in durch eine andere Ersatzperson (§ 59 Abs. 3, HSG 2014), welche die Vertretungsbefugnis durch eine beglaubigte Vollmacht nachzuweisen hat, vertreten lassen.
- (3) Antrags- und Rederecht im Gremium der Universitätsvertretung ohne Stimmrecht besitzen darüber hinaus die Vorsitzenden der Studien- und Fakultätsvertretungen, die Referent_innen für die Angelegenheiten ihres Referates, sowie die Vorsitzenden der Ausschüsse der Universitätsvertretung.

§ 7 Sitzungen der Universitätsvertretung

- (1) Die Universitätsvertretung ist von der_ dem Vorsitzenden der Universitätsvertretung mindestens zweimal in jedem Semester zu einer ordentlichen Sitzung einzuberufen.
- (2) Wird von einem Fünftel der Mandatar_innen der Universitätsvertretung schriftlich unter Beifügung eines Vorschlages der Tagesordnung eine außerordentliche Sitzung verlangt, so hat die_ der Vorsitzende ab Antragstellung innerhalb von 7 Tagen unter Einhaltung der Einladungsfrist einzuladen (gem. Abs. 3) jedoch längstens innerhalb von 14 Tage nach Antragstellung (Anberaumungsfrist) die Sitzung abzuhalten. Unterlässt die_ der Vorsitzende die ordnungsgemäße Einberufung einer außerordentlichen Sitzung, so sind die Antragsteller_innen berechtigt, innerhalb von 7 Tagen nach Ablauf dieser Fristen selbst eine außerordentliche Sitzung der Universitätsvertretung einzuberufen. Die Bestimmungen des Abs. 4 werden hiervon nicht berührt.
- (3) Die Einladungen zu sämtlichen Sitzungen der Universitätsvertretung sind mindestens 7 Tage vor der betreffenden Sitzung unter Angabe von Zeit, Ort und Tagesordnung zur Post zu geben oder nachweislich persönlich zu übergeben. Die Mandatar_innen der Universitätsvertretung können durch schriftliches Einverständnis auf die Rekommandierung verzichten. Nach Möglichkeit sind die Mandatar_innen zusätzlich auf elektronischem Wege zur Sitzung einzuladen.
- (4) In der Lehrveranstaltungsfreien Zeit (laut akademischen Kalender der TU Wien) dürfen keine ordentlichen oder außerordentlichen Sitzungen der Universitätsvertretung abgehalten werden. In dringenden Angelegenheiten dürfen Sitzungen an solchen Tagen an der TU Wien stattfinden, falls die Zustellungsbevollmächtigten der in der Universitätsvertretung vertretenen Fraktionen nachweislich davon verständigt wurden (schriftlich zugestellt nach Zustellgesetz) und diese nicht innerhalb von 7 Tagen die Durchführung dieser Sitzung nachweislich beeinträchtigt haben (Datum des Poststempels gemäß Zustellgesetz). Für die Einladung zu ordentlichen und außerordentlichen Sitzungen der Universitätsvertretung innerhalb der Lehrveranstaltungsfreien Zeit gilt eine erhöhte Einladungsfrist von 14 Tagen. Die Anberaumungszeit außerordentlicher Sitzungen (Abs. 2) erhöht sich um die Einspruchsfrist.
- (5) Lehrveranstaltungsfreie Zeiten (laut akademischen Kalender der TU Wien) verlängern die Fristenläufe von Abs. 2 und Abs. 3 gemäß Abs. 4.
- (6) Sitzungstermine sind zu veröffentlichen.
- (7) Sitzungen der Universitätsvertretung dürfen nur an barrierefrei zugänglichen Orten stattfinden.

§ 8 Erstellung der Tagesordnung

- (1) Jede Tagesordnung einer ordentlichen Universitätsvertretungssitzung hat die nachstehenden Tagesordnungspunkte zu enthalten:



1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
 2. Genehmigung der Tagesordnung
 3. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung der Universitätsvertretung
 4. Berichte der Vorsitzenden
 5. Anträge im allgemeinen Interesse der Studierenden
 6. Allfälliges
- (2) Zusätzliche Tagesordnungspunkte, eingebracht durch Mandatar_innen der Universitätsvertretung oder ständige Ersatzpersonen sind in die Tagesordnung aufzunehmen, wenn sie nachweislich bis zwei Tage vor der Sitzung schriftlich bei der_dem Vorsitzenden oder einer von ihr_ihm beauftragten Person deponiert wurden (Eingangsstempel und Übernahmebestätigung). Über später eingelangte Vorschläge ist am Beginn der Sitzung abzustimmen.

§ 9 Ablauf der Sitzung

- (1) Die Sitzung beginnt mit der Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Anwesenheit, sowie der Feststellung der Beschlussfähigkeit gemäß § 12 Abs. 2. Die Sitzung ist dann ordnungsgemäß eingeladen, wenn allen gemäß § 7 Abs. 3 zu ladenden Personen die Einladung nachweislich zugestellt wurde (Zustellgesetz).
- (2) Die_Der sitzungsleitende Vorsitzende hat die Tagesordnungspunkte in der Reihung der Tagesordnung zu behandeln. Auf Antrag können die restlichen Tagesordnungspunkte auch während der Sitzung umgereiht werden. Die_Der sitzungsleitende Vorsitzende erteilt das Wort in der Reihenfolge, in der sich, die Anwesenden zu Wort gemeldet haben. Gegenstand der Debatte ist nur das Thema des betreffenden Tagesordnungspunktes.
- (3) Ist die Sitzung ordnungsgemäß eingeladen, die Beschlussfähigkeit gegeben und sind alle Vorsitzenden zeitweilig verhindert, so ist nach einer Wartezeit von 15 Minuten die_der an Semestern älteste, für ein ordentliches Studium an der TU Wien gültig zur Fortsetzung des Studiums gemeldete stimmberechtigte Mandatar_in, bei gleicher Semesteranzahl der_die an Lebensjahren ältere Mandatar_in mit der Leitung der Sitzung bis zum Eintreffen der Vorsitzenden betraut.

§ 10 Anträge

- (1) Bei Anträgen wird unterschieden:
 1. Hauptanträge
 2. Zusatzanträge
 3. Gegenanträge
- (2) Hauptantrag ist der zuerst gestellte Antrag. Zusatzantrag ist ein Antrag, der den Hauptantrag erweitert; Gegenantrag ist ein vom Hauptantrag verschiedener, mit ihm nicht zu vereinbarenden oder beschränkender Antrag.



- (3) Bei Vorlage mehrerer Anträge ist bei der Abstimmung wie folgt vorzugehen:
1. Der Hauptantrag ist vor dem Zusatzantrag, der Gegenantrag vor dem Hauptantrag abzustimmen. Durch Annahme des Gegenantrages ist der Hauptantrag gefallen. Bei Ablehnung des Gegenantrages ist jedoch über den Hauptantrag abzustimmen.
 2. Bei Konkurrenz mehrerer Zusatz- und Gegenanträge kommt der allgemeinere vor dem engeren, der schärfere vor dem milderen zur Abstimmung.
 3. Die Reihung der Anträge wird von der_dem Vorsitzenden vorgenommen, welche_r im Zweifelsfalle auch über die Reihenfolge der Abstimmung entscheidet.
 4. Bei Wahlen ist über jeden Antrag getrennt und geheim abzustimmen.

§ 11 Ablauf der Debatte

- (1) Der_Die Antragsteller_in (Berichterstatter_in) erhält das Wort am Anfang der Debatte, die übrigen Redner_innen in der Reihenfolge, in der sie sich zu Wort gemeldet haben.
- (2) Wortmeldungen "zur Satzung" genießen Vorrang vor anderen Wortmeldungen. Sie unterbrechen selbst eine Wortmeldung zur Behandlung eines Antrages zur Satzung. Sie dienen ausschließlich zum Hinweis auf einen satzungswidrigen Ablauf der Sitzung. Wer "zur Satzung" das Wort verlangt erhält es, wenn der_die jeweilige Redner_in ausgesprochen hat.
- (3) Die Debatte über einen Antrag oder einen Tagesordnungspunkt wird unterbrochen, wenn eine Person den Antrag stellt auf
 1. Zuweisung der Angelegenheit an einen Ausschuss
 2. Vertagung
 3. Schluss der Redner_innenliste
 4. Schluss der Debatte

Zu all diesen Anträgen erhält nur der_die Kontraredner_in sowie der_die Antragsteller_in das Wort, sodann gelangen sie sofort zur Abstimmung. Kontraredner_in ist jene Person, die sich als erste nach der Antragstellung zur Satzung zu Wort meldet. Bei mehreren gemeldeten Personen, ist eine Person einer Fraktion, welcher der_die Antragssteller_in nicht angehört, zu bevorzugen.

Wird der Antrag auf Schluss der Debatte angenommen, so ist ohne Verzug über den Antrag bzw. über die zu dem Tagesordnungspunkt bereits gestellten Anträge abzustimmen.

Wird der Antrag auf Schluss der Redner_innenliste angenommen, so ist kein_e weitere_r Mandatar_in mehr in die Redner_innenliste aufzunehmen und nach Abarbeitung derselben ohne Verzug über den Antrag bzw. über die zu dem Tagesordnungspunkt bereits gestellten Anträge abzustimmen.

Wird der Antrag auf Vertagung einer Angelegenheit oder Zuweisung einer Angelegenheit an einen Ausschuss angenommen, erhält zu der betreffenden Angelegenheit niemand mehr das Wort. Vertagte Tagesordnungspunkte müssen in der nächsten Sitzung der Universitätsvertretung behandelt werden.

- (4) Unterbrechungen der Sitzung können von der_ dem Vorsitzenden jederzeit vorgenommen werden. Sie_ Er muss dies tun, sofern mindestens zwei Mandatar_innen dies verlangen. Eine Unterbrechung von mehr als 30 Minuten ist nur mit Mehrheitsbeschluss möglich. Nach einer Gesamtzeit der Unterbrechungen ohne Mehrheitsbeschluss von mehr als 60 Minuten, ist jede weitere Unterbrechung nur mit Mehrheitsbeschluss möglich.
- (5) Nach einer Dauer von 60 Minuten eines Tagesordnungspunktes ist die_ der Vorsitzende berechtigt, für diesen Tagesordnungspunkt die Dauer der folgenden Wortmeldungen auf 5 Minuten pro Wortmeldung einzuschränken.

§ 12 Abstimmungen

- (1) Zur Annahme eines Antrages ist die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der stimmberechtigten Mandatar_innen und, sofern im HSG 2014 nichts anderes bestimmt ist, die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.
- (2) Eine Stimme ist ungültig, wenn die Entscheidung eines_ einer Mandatars_ Mandatarin nicht eindeutig hervorgeht oder sie nach Schluss der Abstimmung abgegeben wurden.
- (3) Auf Verlangen von mindestens zwei Mandatar_innen ist eine geheime schriftliche Abstimmung durchzuführen. Die Mandatar_innen werden namentlich aufgerufen und haben den Stimmzettel in eine gemeinsame Urne zu legen. Jene Mandatar_innen, die beim Aufruf ihres Namens nicht abstimmen, dürfen nachträglich keinen Stimmzettel abgeben. Bei jeder schriftlichen Abstimmung hat die_ der Vorsitzende den Abstimmungsvorgang vorher zu erläutern.
- (4) Die_ Der Vorsitzende kann eine namentliche Abstimmung anordnen, sofern ihr_ ihm das Ergebnis einer Abstimmung zweifelhaft erscheint. Sie_ Er muss dies tun, wenn es von mindestens 2 Mandatar_innen verlangt wird.
- (5) Das Verlangen nach geheimer Abstimmung hat Vorrang vor namentlicher Abstimmung.

§ 13 Protokollierung

- (1) Der Verlauf der Sitzung ist durch ein Protokoll zu beurkunden. Das Protokoll hat zu enthalten:
 1. Datum, Beginn, Ende und Ort der Sitzung
 2. Die Namen sämtlicher Anwesenden gemäß § 6 sowie die angemeldeten Auskunftspersonen
 3. Die genehmigte Tagesordnung
 4. Die zu jedem Tagesordnungspunkt gestellten Anträge (diese sind der Sitzungsleitung schriftlich vor der Abstimmung zur Verfügung zu stellen) und die gefassten Beschlüsse in wörtlicher Fassung sowie den Namen der Antragsteller_innen
 5. Das Abstimmungsergebnis über jeden Antrag
 6. Wortmeldungen, sofern dies von dem_der Redner_in verlangt wird (insbesondere Protokollierungen nach erfolgten Abstimmungen; diese sind der Sitzungsleitung schriftlich innerhalb von 14 Tagen nach Schließung der Sitzung zur Verfügung zu stellen)
- (2) Das Protokoll ist umgehend zu erstellen und zur Einsichtnahme aufzulegen. Es ist den Mandatar_innen der Universitätsvertretung mit der Einladung zur nächsten Sitzung zuzusenden. Werden gegen die Protokollierungen durch Personen nach § 6 Einwände erhoben, so sind diese dem Protokoll beizufügen. Nachträgliche Veränderungen des Protokolls dürfen nicht vorgenommen werden. Weiters ist das Protokoll zu veröffentlichen. Nicht betroffen sind Punkte, die der Verschwiegenheitspflicht der Mandatar_innen unterliegen oder deren Behandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit erfolgte.
- (3) Zusätzlich zu dem oben angeführten Protokoll ist eine Audioaufzeichnung der Sitzung vorzunehmen. Die Audioaufzeichnungen sind über zwei Jahre hindurch aufzubewahren und können von Mandatar_innen im Beisein der_des Vorsitzenden oder einer von ihr_ihm beauftragten Person angehört werden.

§ 14 Die_Der Vorsitzende und deren_dessen Stellvertreter_innen

- (1) Die_Der Vorsitzende der Universitätsvertretung vertritt die HTU Wien nach außen. Ihr_Ihm obliegt die Sorge für die Durchführung der Beschlüsse der Universitätsvertretung und die Erledigung der laufenden Geschäfte. Alle Organe der HTU Wien sind an die im Rahmen der Beschlüsse der Universitätsvertretung erfolgenden Weisungen der_des Vorsitzenden gebunden.
- (2) Sofern andere Organe der HTU Wien ihre Aufgaben nicht wahrnehmen, hat die_der Vorsitzende der Universitätsvertretung für die Wahrnehmung der Agenden dieser Organe durch die Universitätsvertretung zu sorgen.
- (3) Die_Der Vorsitzende der Universitätsvertretung ist für die HTU Wien verhandlungs- und zeichnungsberechtigt.

- (4) Der_Dem Vorsitzenden der Universitätsvertretung obliegt die Leitung aller Verwaltungseinrichtungen und die Koordination der Tätigkeit aller Organe der HTU Wien. Insbesondere obliegen ihr_ihm - im Einverständnis mit der Universitätsvertretung - die Erlassung einheitlicher Dienst- und Gebarungsordnungen sowie die Zuteilung von Räumlichkeiten für den Geschäftsbetrieb der HTU Wien.
- (5) Die Einstellung von Angestellten, die Zuteilung dieser Angestellten sowie ehrenamtliche Mitarbeiter_innen zu den Referaten erfolgt durch die_den Vorsitzende_n der Universitätsvertretung. Die_Der Vorsitzende ist befugt, Referent_innen, die ihr Referat vernachlässigen oder auftragswidrig handeln, bis zur nächsten Universitätsvertretungssitzung, aber längstens bis zu 56 Tagen von ihrem Dienst zu suspendieren und die Angelegenheit der Universitätsvertretung zur Entscheidung vorzulegen. Für den Zeitraum der Suspendierung sind dem_der Referent_in sämtliche Befugnisse und Agenden, die das Referat betreffen, entzogen.
- (6) Bis zur Wahl eines_einer Referent_in für die laut § 15 Abs. 1 Z 1 bis 12 dieser Satzung eingerichteten Referate in einer Sitzung der Universitätsvertretung ist die_der Vorsitzende berechtigt, die Leitung des Referates selbst zu übernehmen oder entsprechend qualifizierte Personen mit der Leitung des Referates zu betrauen.
- (7) Die Verantwortlichkeit der Vorsitzenden erlischt mit Ablauf der Funktionsperiode bzw. mit dem Tage ihres Rücktrittes oder ihrer Abwahl.

§ 15 Referate

- (1) Zur Wahrnehmung der politischen, kulturellen und sozialen Aufgaben sowie zur Führung der Verwaltungsangelegenheiten der HTU Wien bestehen folgende Referate:
 1. Referat für Finanz-, Wirtschafts- und Vermögensangelegenheiten
Das Referat befasst sich mit dem Tagesgeschäft der HTU. Insbesondere kümmert es sich um die Verwaltung der finanziellen Mittel, der Rechnungslegung und dem Jahresabschluss sowie allgemeine Tätigkeiten zur Instandhaltung der Infrastruktur der HTU.
 2. Referat für Bildung und Politik
Das Referat berät Studierende und Studierendenvertreter_innen in studienrechtlichen Belangen und beschäftigt sich mit bildungspolitischen Themen. Außerdem wirkt das Referat an der allgemeinen politischen Arbeit der HTU mit.
 3. Referat für Sozialpolitik
Das Sozialreferat dient einerseits der Beratung der Studierenden über vorhandene Sozialeinrichtungen, andererseits wirkt es an der politischen Arbeit der Universitätsvertretung in Bereichen wie "Soziales" und "berufstätige Studierende" mit.



4. Referat für ausländische Studierende
Das Referat dient der Beratung und Hilfestellung für Studierende mit fremder oder ohne Staatsangehörigkeit, außerdem wirkt das Referat an der politischen Arbeit der HTU in diesem Bereich mit.
5. Referat für die Förderung von Frauen
Das Referat befasst sich mit der Förderung von Frauen im Alltag und im speziellen an der Technischen Universität Wien, außerdem wirkt es an der politischen Arbeit der HTU in ihrem Aufgabenbereich mit.
6. Referat für LGBT*-Angelegenheiten
Das Referat befasst sich mit der Förderung von LGBT*-Angelegenheiten im Alltag und im speziellen an der Technischen Universität Wien, außerdem wirkt es an der politischen Arbeit der HTU in ihrem Aufgabenbereich mit.
7. Referat für Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
Das Referat gestaltet den Auftritt der HTU in den unterschiedlichen Medien, welche für die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stehen.
8. Referat für Sport
Das Referat setzt sich für die Erweiterung des sportlichen Angebots für Studierende ein und tritt als Vertretung in sportlichen Angelegenheiten der HTU Wien auf.
9. Referat für Organisation und Kultur
Das Referat organisiert Veranstaltungen und Seminare und unterstützt Studierende beider Organisation. Es setzt sich auch für die Erweiterung des Angebots für Studierende speziell im Bereich Kultur ein.
10. Referat für Nachhaltigkeit
Nachhaltigkeit steht für eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generationen entspricht, ohne die Möglichkeit zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.
11. Referat für Fotografie
Das Referat fördert Studierende im Bereich der Fotografie und unterstützt die HTU bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit.
12. Referat für Barrierefreiheit
Das Referat für Barrierefreiheit engagiert sich politisch für die Rechte von Menschen mit Behinderung und chronischen Erkrankungen. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt bei der Beseitigung von Diskriminierungen von Studierenden mit Behinderung, dem Abbau von Barrieren und die Förderung der gleichberechtigten Teilhabe auf allen Ebenen des Studierendenlebens.

§ 16 Stellung der Referent_innen

- (1) Die Referent_innen haben bei der Gestaltung ihrer Arbeit die Richtlinien, die sie von der_dem Vorsitzenden erhalten haben, und die Beschlüsse der Universitätsvertretung einzuhalten.
- (2) Die Referent_innen haben der_dem Vorsitzenden mindestens einmal monatlich Bericht zu erstatten. Zumindest am Ende jedes Semesters hat jede_r Referent_in der Universitätsvertretung einen schriftlichen Bericht vorzulegen. Zu Beginn jedes Wintersemesters oder beim Amtsantritt hat sie_er einen Arbeitsplan für das Studienjahr zu erbringen.
- (3) Die Verantwortlichkeit der Referent_innen beginnt mit der Wahl durch die Universitätsvertretung und endet mit dem Ablauf der Funktionsperiode oder dem Zeitpunkt des Rücktritts bzw. der Enthebung.
- (4) Die_Der Vorsitzende der Universitätsvertretung kann Referent_innen im Rahmen ihres Fachgebietes bevollmächtigen, die HTU Wien nach außen zu vertreten. Treten Referent_innen im Namen der HTU Wien mit juristischen oder physischen Personen in Verhandlung, so haben sie der_dem Vorsitzenden hierüber unverzüglich zu berichten.
- (5) Sollte ein_e Referent_in von ihrem Amt zurücktreten oder dessen enthoben werden muss ein Ausschreibungsverfahren binnen eines Monats eingeleitet werden. Die Wahl des_der Referent_in durch die Universitätsvertretung erfolgt in der nächsten ordentlichen Universitätsvertretungssitzung nach Ende der Bewerbungsfrist.

§ 17 Studierendenversammlung

- (1) Es können Studierendenversammlungen für folgende Gruppen von Studierenden einberufen werden:
 1. für alle Studierende, die ein Studium an der Technischen Universität Wien absolvieren oder die Lehrveranstaltungen an der Technischen Universität mitbelegen
 2. für alle Studierende, die für ein bestimmtes Organ der HTU aktiv wahlberechtigt sind
 3. für alle Studierende einer bestimmten Studienvertretung
 4. für alle Studierende einer bestimmten Studienvertretung, die in einem bestimmten Semester zur Fortsetzung ihres Studiums gemeldet sind (vormals inskribiert) sind; bei diesen Studierendenversammlungen sind auch die Studierenden stimmberechtigt, die im nächst höheren Semester für die Fortsetzung ihres Studiums gemeldet sind
 5. für alle Studierenden, die eine bestimmte Lehrveranstaltung besuchen

- (2) Den Vorsitzenden aller Organe der HTU mit Ausnahme der Universitätsvertretung und der Wahlkommission wird empfohlen zumindest einmal im Semester eine Studierendenversammlung gemäß Abs. 1 Z 2 einzuberufen.
- (3) Eine Studierendenversammlung ist jedenfalls einzuberufen, wenn dies mindestens 5 vH der für das jeweilige Organ Wahlberechtigten schriftlich verlangen.
- (4) Studierendenversammlungen sind durch Anschlag in den betreffenden Fachschaftsräumen, in den dem betreffenden Organ zur Verfügung stehenden Schaukästen, sowie bei geeigneten Hörsälen und durch Flugblätter unter Angabe von Zeit, Ort und einem Vorschlag zur Tagesordnung anzukündigen.
- (5) Die Studierendenversammlung hat frühestens sieben Tage, spätestens aber 21 Tage nach Einlangen des Ansuchens bei der_ dem Vorsitzenden stattzufinden. Vorlesungsfreie Tage an der TU Wien bleiben bei der Anwendung dieser Fristen außer Betracht.
- (6) Unterlässt die_ der Vorsitzende die ordnungsgemäße Einberufung einer Studierendenversammlung, so sind die Antragsteller_innen berechtigt, innerhalb von 21 Tagen selbst eine Studierendenversammlung einzuberufen. Die_ Der Vorsitzende der Universitätsvertretung ist verpflichtet, die für die Einberufung notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Die finanziellen Mittel, die zur Verfügungsstellung der entsprechenden Mittel notwendig sind, können vom zugewiesenen Budget (Sachaufwand) des betroffenen Organs abgezogen werden.
- (7) Die Tagesordnung der Studierendenversammlung wird von der_ dem Vorsitzenden des jeweiligen Organs bzw. von den Antragsteller_innen vorgeschlagen. Zu Beginn einer Studierendenversammlung vorgeschlagene zusätzliche Tagesordnungspunkte werden behandelt, wenn ein entsprechender Antrag in der Studierendenversammlung die einfache Mehrheit findet.
- (8) Die Mandatar_innen des jeweiligen Organs der HTU Wien haben bei der Studierendenversammlung anwesend zu sein und haben sich allfälligen Fragen zu stellen.
- (9) Die Studierendenversammlung ist von der_ dem Vorsitzenden des jeweiligen Organs zu leiten; sie_ er hat für eine möglichst erschöpfende Behandlung der in der Tagesordnung aufscheinenden Fragen Sorge zu tragen.
- (10) Bei Abstimmungen sind die Bestimmungen des § 8 sinngemäß anzuwenden. Beschlüsse können nur über Angelegenheiten, die in die Kompetenz des betreffenden Organs fallen, gefasst werden.
- (11) Beschlüsse der Studierenden gemäß § 17 Abs. 1 Z 1 bis 5 haben für das zuständige Organ empfehlenden Charakter und müssen laut § 21 Abs. 4 HSG 2014 in der nächsten Sitzung des entsprechenden Organs behandelt werden.

§ 18 Prüfungsrechte der Mandatar_innen

- (1) Die Mandatar_innen und ständige Ersatzpersonen sind berechtigt, von den Vorsitzenden und Referent_innen jederzeit Auskünfte über die in ihre Kompetenz fallenden Angelegenheiten zu verlangen.
- (2) Ist eine sofortige mündliche Auskunftserteilung nicht möglich, so haben die Vorsitzenden oder die Referent_innen die Auskunft binnen zwei Wochen auf schriftlichem Wege zu erteilen.
- (3) Mandatar_innen und ständige Ersatzpersonen sind nicht berechtigt, Auskünfte von Angestellten oder sonstigen Mitarbeiter_innen zu verlangen. Einsicht in schriftliche Unterlagen der Verwaltungseinrichtungen der HTU Wien ist ihnen nur in Anwesenheit der_des Vorsitzenden oder einer von ihr Beauftragten zu gewähren. Das Kontrollrecht der Mandatar_innen und der ständigen Ersatzpersonen ist persönlich auszuüben.
- (4) Gegen Ersatz der Kosten sind den Mandatar_innen und ständigen Ersatzpersonen alle Unterlagen unter Hinweis auf die Amtsverschwiegenheit in Kopie auszufolgen. Die Kenntnisnahme dieser Amtsverschwiegenheit ist schriftlich festzuhalten.

§ 19 Ausschüsse

- (1) Zur Vorbereitung der Beschlussgegenstände und zur Erledigung ihrer Angelegenheiten kann die Universitätsvertretung Ausschüsse bilden.
- (2) Die Anzahl der Mitglieder aller Ausschüsse ist per Beschluss in der Universitätsvertretung festzulegen.
- (3) Die Nominierung in alle Ausschüsse erfolgt nach dem d'Hondtschen Verfahren. Als Basis ist die Anzahl der Mandate der betreffenden Fraktion im Organ heranzuziehen.
- (4) Die Universitätsvertretung der HTU Wien richtet nachstehende Ausschüsse ein:
 1. Finanzausschuss:
Dem Finanzausschuss hat die_der Vorsitzende der Universitätsvertretung oder eine von ihr beauftragten Person als Mitglied und der_die Wirtschaftsreferent_in mit beratender Stimme anzugehören.
- (5) Die konstituierende Sitzung von Ausschüssen ist von der_dem Vorsitzenden der Universitätsvertretung einzuberufen. Unterlässt die_der Vorsitzende dies, so ist das an Semestern älteste, für ein ordentliches Studium an der TU Wien gültig zur Fortsetzung des Studiums gemeldete Ausschussmitglied, bei gleichem Semesteranzahl das an Lebensjahren ältere Ausschussmitglied zur Einberufung einer konstituierenden Sitzung berechtigt. Die Ausschüsse wählen aus ihrer Mitte eine_n Vorsitzende_n. § 7 Abs. 2 dieser Satzung gilt sinngemäß für Ausschüsse.

- (6) Die Ausschüsse sind von ihrer_ihrem Vorsitzenden mindestens vier Tage vor dem jeweiligen Termin zu einer Sitzung einzuberufen. Die Tagesordnung ist von der_dem Vorsitzenden des Ausschusses derart zu erstellen, dass alle anhängigen Angelegenheiten rechtzeitig erledigt werden können.
- (7) Ausschüsse können jedoch ohne Beachtung der Fristen einberufen werden, wenn alle Mitglieder dazu ihre Zustimmung geben.
- (8) Die §§ 9 bis 12 und § 13 Abs. 1 gelten sinngemäß. Das Protokoll ist an alle Mitglieder des Ausschusses sowie an die_den Vorsitzende_n der Universitätsvertretung zu versenden.

§ 20 Tätigkeitsberichte

- (1) Die Studienvertretungen und Fakultätsvertretungen haben die Tätigkeitsberichte laut § 22 Abs. 1 HSG 2014 vor Abschluss jedes Budgetjahres der_dem Vorsitzenden zu übermitteln.
- (2) Die Tätigkeitsberichte der Studienvertretungen, Fakultätsvertretungen und der Universitätsvertretung sind auf der Homepage des entsprechenden Organs zu veröffentlichen.

§ 21 Geltungsbereich und Sonderbestimmungen für Studien- und Fakultätsvertretungen

- (1) Diese Satzung gilt für sämtliche Organe der HTU Wien.
- (2) Für die Studien- sowie die Fakultätsvertretungen sind jedoch nur die §§ 6 bis 13 sowie 19 sinngemäß anzuwenden, ausgenommen davon ist jedoch § 13 Abs. 3.

§ 22 Änderungen und Inkrafttreten der Satzung

- (1) Änderungen oder Ergänzungen der Satzung sind mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen möglich. Die Änderung oder Ergänzung der Satzung kann nur auf einer Sitzung der Universitätsvertretung vorgenommen werden, für die dies als ein eigener Tagesordnungspunkt zusammen mit der vorgeschlagenen Änderung zumindest eine Woche vor der Sitzung bekannt gegeben wurde.
- (2) Die vorliegende Satzung tritt mit dem Tag nach der Beschlussfassung durch die Universitätsvertretung in Kraft.